

Breitere Diskussion über Zukunft gewünscht

Grüne gegen Jubi-Kauf

Von Vera Szybalski

NORDWALDE. Es war eine große Mehrheit des Gemeinderates, die sich für den Kauf der Evangelischen Jugendbildungsstätte aussprach. Die zweitgrößte Fraktion gehörte aber nicht dazu: Die Grünen haben in der nicht-öffentlichen Ratssitzung gegen den Kauf gestimmt. Es sind im Kern zwei Gründe, die sie dazu bewegt haben: die Kosten, die langfristig zum Kaufpreis hinzukommen, und die Nutzung der ehemaligen Jubi. Grundsätzlich hätten sich die Grünen „eine deutlich breitere Diskussion über die Zukunft der Jubi gewünscht“.

Im Rat sei die Debatte „sehr stark nur auf den Kaufpreis“ ausgerichtet gewesen, kritisieren die Grünen. Eine konkrete Zahl nennen auch sie nicht. Die Folgekosten seien in der Diskussion kaum berücksichtigt worden. Die Ratsmitglieder hatten die Gelegenheit, sich das Gebäude selbst anzusehen. „Der Zustand ist erwartungsgemäß“, sagt Grünen-Fraktionssprecher Oliver Hesse. Es ist kein Geheimnis, dass es einen Renovierungsstau bei der ehemaligen Jugendbildungsstätte gibt.

In Zukunft dürften Investitionen nötig werden. Das Gebäude sei auf mehrtägige Aufenthalte ausgerichtet. Bei andersgearteter Nutzung, wie sie die Gemeinde vorsieht, stünden „Investitionen in unbekannter Höhe an, um die Gebäudeinfrastruktur entsprechend anzupassen“, so die Grünen. Dazu gebe es nur erste Schätzungen für die wichtigsten Investitionen „im deutlich siebenstelligen Bereich“.



Die ehemalige Evangelische Jugendbildungsstätte ist mittlerweile im Besitz der Gemeinde Nordwalde. Die Grünen hatten sich in der Ratssitzung gegen den Kauf ausgesprochen.

Foto: Vera Szybalski

Hinzu kommen die Betriebskosten. Vor dem Hintergrund der extrem gestiegenen Energiekosten würden diese eine große Rolle spielen. Die Grünen befürchten, das daraus aufgrund der Größe und dem Alter der Gebäude „eine ziemliche Belastung“ des Gemeindehauses entstehen wird. Wer die neu anfallenden Aufgaben soll, ob dafür die sowieso schon belasteten Gemeindemitarbeiter eingesetzt werden sollen, bewegt die Grünen ebenfalls. Und die Frage, wie es gelingen soll, aus der früheren Jubi bis 2040 ein CO₂-neutrales Ge-

bäude zu machen, ist aus ihrer Sicht ebenfalls offen geblieben.

Für eine dauerhafte andere Nutzung als der bisherigen seien zudem weitere Investitionen zu erwarten, weil beispielsweise die alten Gebäudeteile aufgrund enger Treppen und fehlender Fahrstühle nicht inklusiv seien. „Für einen provisorischen Betrieb mag das vielleicht angehen, auf Dauer muss ein öffentliches Gebäude aber entsprechend umgebaut werden“, schreiben die Grünen in einer Pressemitteilung.

Nicht zuletzt wird die Gemeinde in den Brandschutz investieren müssen. Wie

hoch die Kosten ausfallen, ist offen. „Zum Zeitpunkt der Entscheidung hieß es nur, dass die entsprechenden Investitionen deutlich niedriger ausfallen, wenn der Übernachtungsbetrieb entfällt“, so die Grünen. Wie sich das auswirkt, wenn als nächstes Flüchtlinge in dem Gebäude untergebracht werden, die Frage warf Oliver Hesse ebenfalls auf und stellte fest: „Der Brandschutz ist ein großes Problem.“

Dass Flüchtlinge in der ehemaligen Jubi einziehen werden sollen, können die Grünen gut nachvollziehen. Was die weitere mögliche Nutzung des Hauses und des

Geländes angeht, hätten die Grünen aber lieber mehr diskutiert. Bürgermeisterin Sonja Schemmann hatte bereits die Offene Ganztagschule, das KOT-Heim und die neue Kita ins Spiel gebracht. „Sicher, dass sind alles Punkte, die wir verstehen“, sagt Hesse. Was die Grünen störe, sei die mangelnde Suche nach Alternativen: „Man muss sich grundsätzlich Gedanken machen, ist die Jubi dafür wirklich die Beste aller Lösungen.“

Um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, hatten die Grünen einen Wirtschaftsplan gefordert. Dieser sei mit dem Hinweis des dringenden Entscheidungsbedarfs und der fehlenden Zeit abgelehnt worden. „Ein Argument, das vor dem Hintergrund der Größe der Investitionen und den wohl doch schon länger andauernden Diskussionen in der Verwaltung über einen Ankauf der Jubi nicht wirklich nachvollziehbar ist.“ Ob die für den Ankauf der Jugendbildungsstätte notwendigen finanziellen Mittel woanders besser genutzt werden könnten, habe auch nicht stattgefunden.

Und das alles vor dem Hintergrund einer nicht einfacheren Haushaltssituation. Die Landesregierung hat stark sinkende Steuereinnahmen angekündigt, für 2023 wird eine erheblich steigende Kreisumlage erwartet. „Das heißt, der eh schon nicht so große finanzielle Spielraum der Gemeinde sinkt deutlich. Über-raschungen, zum Beispiel aus dem Ankauf der Jubi, werden nicht einfach zu verkraften sein“, argumentieren die Grünen.